

Die Philosophische Gesellschaft Basel freut sich,
alle Interessierten zu folgendem Vortrag einzuladen:

Prof. Dr. Heribert Prantl
(Süddeutsche Zeitung München / Universität Bielefeld)

Die Apfelbaum-Demokratie. Lob der Unruhe: Wie die Bürger neu politisiert werden

Dienstag, 24.5.2011, 18.15 Uhr

Hörsaal 102, Kollegienhaus, Petersplatz 1

Die repräsentative Demokratie in Deutschland lässt sich mit einem Apfelbaum vergleichen. Über die Jahre eigentlich ganz gut gewachsen, erweist sie sich an der einen oder anderen Stelle als verdorrt und krankheitsanfällig. Das zeigt sich nicht zuletzt am Widerstand der Bürger gegen das verkehrspolitische Grossprojekt „Stuttgart 21“ ihrer gewählten Vertreter. „Stuttgart 21“ steht beispielhaft für die demokratietheoretischen Herausforderungen durch eine über neue Medien mobilisierbare Zivilbevölkerung. Wie Obstbäumen alte Äste abgeschnitten und neue Zweige eingepfropft werden, müssen auch repräsentative Demokratien durch den Einbau neuer Elemente ergänzt werden. Die Demokratien werden auf diese Weise nicht nur leistungsfähiger, sondern können auch aufbrechend Legitimitätslücken schliessen. Zu diesen Elementen gehören neben Schlichtung und Mediation auch direktdemokratische Instrumente wie Bürgerentscheide.

Heribert Prantl leitet seit 1995 das Ressort Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung in München. Seit 2010 ist er Honorarprofessor an der Rechtsfakultät der Universität Bielefeld. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften, der Geschichte und der Philosophie war Prantl als Anwalt, Richter und als Staatsanwalt in München tätig.

Der Publizist wurde für seine Veröffentlichungen vielfach ausgezeichnet. Unter anderem ist er Träger des Geschwister-Scholl-Preises und des Kurt-Tucholsky-Preises. Gelobt wird seine „klare Stimme, die in der deutschen Publizistik ohnegleichen ist“. Das grosse publizistische Gewicht Prantls ist unter anderem auf sein dezidiertes und ernsthaftes Engagement für die Bürgerrechte zurückzuführen. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder bezeichnet Prantl denn auch als den dritten Senat des deutschen Bundesverfassungsgerichts.